Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.— viertelj. M. 30.— für Abholer monatl. M. 8.50, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 7.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert. Gesamt-Ausgabe monatlich M. 8.—, vierteljährlich M. 27.—. Auslandsversand: monatlich M. 12.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 40 Pf. Abend-Ausgabe 30 Pf. Sonntags-Ausgabe 50 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Groß-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Konpareillezeile Mk. 1.75, von auswärts Mk. 2.25, Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil Mk. 3.50, von auswärts Mk. 5.—, kleine Anzeigen die Konpareillezeile Mk. 1.50, bei Wiederholungen Nachlaß. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Erfüllungsort Leipzig. Fernsprech-Anschluß Nr. 17000 bis 17099. — Telegrammadresse: Leipzig 3004. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8.

Herausgeber: Dr. Peter Reinhold.
Druck und Verlag: Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H.

Nr. 567 — **Sonnabend, den 19. November** — **1921**

Die Generaldebatte über die Steuervorlagen

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 18. November.

Im Reichstagsausschuß für Steuerfragen brachte die Generaldebatte über die neuen Steuervorlagen der Reichsregierung bereits die grundsätzliche Stellungnahme der Parteien zum Ausdruck. Der Sozialdemokrat Bernstein erklärte, er würde gegebenenfalls der Regierung diktatorische Vollmachten zwecks Durchführung von Maßnahmen gegen den Marksturz bewilligen. Er behält seiner Fraktion die Entscheidung nach der endgültigen Gestaltung der Steuergesetze vor.

Der Abg. Dr. Helfferich (Dnatl.) bezeichnete die enormen Belastungen als nicht tragbar. Er fragte: Wie steht es aber mit der noch nicht ziffernmäßig geklärten Belastung durch die bereits beschlossenen und noch kommenden Besoldungserhöhungen? Bei einer Erfassung der Sach- und Goldwerte bekäme das Reich eigentlich nur die Produktionsmittel in die Hand, dann wäre die deutsche Regierung nichts anderes als die Durchgangsstation für die habgierige Entente, welche der deutschen Regierung alles aus der Hand reiße, was sie aus Privat- in Staatseigentum verwandele.

Der vorläufige Reichsfinanzminister Dr. Hermes führte aus: Ueber drei Punkte bestehe sicherlich Einigkeit im Ausschuß, 1. daß wir versuchen müssen, aus eigener Kraft unser Budget in Ordnung zu bringen, 2. daß dies nicht möglich sei, wenn an den vorgeschriebenen Reparationsbedingungen festgehalten werde, und 3. daß eine Atempause nicht eintreten werde, wenn wir nicht zuvor den Nachweis erbracht haben, daß wir alles tun, um unser Finanzwesen zu regeln. Das Ziel müsse natürlich darin bestehen, unsere Wirtschaft zu erhalten und nicht zerschlagen zu lassen. Alsdann gab der Minister eine Uebersicht über die Finanzgestaltung des Reiches im Rechnungsjahre 1922:

Der Gesamtausgabebedarf beim ordentlichen Reichshaushalt für 1922 würde 72 Milliarden betragen. An ordentlichen Einnahmen für 1922 ständen rund 100 Milliarden zur Verfügung. Beim außerordentlichen Haushalt würden — ohne die Kontributionsausgaben und ohne die Fehlbeträge der Post und Eisenbahn — schätzungsweise 5 Milliarden gebraucht. Bei den Betriebsverwaltungen werde mit rund 2¾ Milliarden Fehlbeträgen bei dem außerordentlichen Haushalt der Post gerechnet. An ungedeckten Anleiheausgaben für die Post und Eisenbahn seien rund 8¾ Milliarden zu nennen, so daß der ungedeckte Ausgabenbedarf mit rund 11 Milliarden zu beziffern sein werde. Der Gesamtbedarf für die Erhöhungen der Besoldungen stelle sich jährlich auf rund 22½ Milliarden.

Deutsche Demokratie

Von

Erich Everth

Es ist ein Unglück, daß in Deutschland seit der Revolution die Demokratie oder das demokratische Prinzip und eine bestimmte Partei, nämlich die Deutsch-Demokratische, vielfach gleichgesetzt werden. Der Name der Partei verführt dazu, und man hört oft, wenn sie gemeint ist, von „der Demokratie" sprechen. In Wahrheit ist beides auseinander zu halten. Denn erstens sind auch andere Parteien in Deutschland demokratisch, nämlich das Zentrum und die Mehrheitssozialdemokratie, und außerdem ist der demokratische Gedanke viel umfassender als alle diese Parteien zusammen. Demokratie bedeutet ja, daß möglichst alle Staatsbürger, nicht nur die Anhänger demokratischer Denkweise selber, zur aktiven Teilnahme am Staatsleben herangezogen werden und letzten Endes nach dem Grundsatz der Volkssouveränität darin entscheidend sein sollen.

Der demokratische Gedanke ist allzu vielen neu in Deutschland. Denn wenn er auch um 1848 herum in kleinen Kreisen der deutschen Intelligenz und Jugend lebendig war, so ist er doch durch die Bismarcksche Aera im Bürgertum so gut wie vollständig zurückgedrängt worden. „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten," das blieb Bismarcks ausgesprochene Meinung bis zuletzt — es gab zwar einen mehr oder weniger entschiedenen Liberalismus, aber demokratische Gesinnung fand sich in der Hauptsache bloß in Süddeutschland, wo eine Ueberlieferung dieser Art im Volksempfinden geblieben war. Im übrigen kannte man demokratische Ziele, vor allem in Verbindung mit sozialistischen Bestrebungen, durch die Sozialdemokratie. Dieser Zusammenhang hat dann dazu mitgewirkt, daß der Begriff der Demokratie den nichtsozialistischen Teilen des Volkes verdächtig wurde, als sei Demokratie eigentlich etwas Auffälliges, Umstürzlerisches, was ja nur zutraf, solange sie eben nicht durchgesetzt war. Sobald das aber geschehen ist, hat Demokratie mit Revolution nichts mehr zu tun, bezeichnet sie vielmehr einen Gegensatz dazu, ja den einzigen Weg, Revolutionen in Zukunft zu verhindern, da keine Volksschicht mehr durch eine andere unterdrückt wird und sich daher auch nicht gegen eine Herrschaft, sei es die einer Klasse oder einer kleineren Gruppe, aufzubäumen braucht. Nun ist ja unsere Demokratie, die in der Reichsverfassung niedergelegt ist, durch eine Revolution erreicht worden, und auch das hat dazu beigetragen, vielen das demokratische System zu verleiden. Hätten wir vor dem Kriege eine nichtsozialistische demokratische Partei gehabt — das Zentrum war damals noch nicht so bewußt und eindeutig demokratisch wie heute —, so stünde es jetzt um die Demokratie in Deutschland besser. Dann wäre mehr Kontinuität zu sehen, und die Demokratie, die in unserem Staatsgrundgesetz festgelegt ist, würde nicht so fremd erscheinen.

Weil das aber nicht der Fall gewesen ist, darum hat auch die Deutsche Demokratische Partei es nach einem ersten Augenblickserfolg schwer gehabt, auf die Dauer breiten Boden zu fassen. Die anderen Parteien, die trotz Namensänderungen an längere Ueberlieferungen anknüpfen konnten, haben es leichter gehabt. Die Deutschnationalen haben einfach den geistigen Bestand der Konservativen Partei übernommen: sie sind reaktionär, wie sie immer waren, monarchistisch, militaristisch und agrarisch, nur daß sie den Nationalismus schärfer herausstellen, als sie früher taten. In den vergangenen Jahrzehnten hatten sie trotz Ostmarkenpolitik und Verpreußung Elsaß-Lothringens mit nationalen Bestrebungen im Grunde wenig zu tun, denn die Konservative Partei war eine preußische Partei, nannte sich zwar nach 1871 deutsch-konservativ, blieb aber immer auf eine Vorherrschaft Preußens in Deutschland bedacht — und so ist es auch bei den Deutschnationalen geblieben. Jetzt haben sie den neuen, durch den Krieg aufgestachelten Nationalismus angenommen, aber das ist auch kein neues Moment, sondern steht eben ganz in der Kriegstradition. Die Ideologie des Krieges fortzusetzen, ist nach dem verlorenen Kriege nicht, wie man meinen könnte, schwer geworden, im Gegenteil, das nationale Ressentiment hat das erleichtert. — Die Volkspartei ist deutlich nationalliberal, monarchisch und industriell geblieben, das Zentrum hat seine autoritative Denkweise mehr auf die Kirche beschränkt, für das staatliche Gebiet das längst im Zentrum angelegte süddeutsch-demokratische Element mehr herausgehoben und sich im übrigen, mit der gewohnten kirchlichen Staatsüberlegenheit und politischen Vorurteilslosigkeit, auf den republikanischen Standpunkt hinüber verlegt. Auch die Mehrheitssozialdemokratie ist dieselbe geblieben, wenn auch nicht mehr so einseitig Arbeiterpartei wie früher, aber doch immer noch ausgesprochen und ausschließlich Partei der Nichtbesitzenden. Nur, daß sie Staat und Nation mehr als früher anerkennt, was jedoch ebenfalls nichts Neues in Deutschland oder auch nur in den Kreisen ihrer Anhänger bedeutet. Auch die Unabhängige Sozialdemokratie kann sich darauf berufen — mit wieviel Recht, bleibe dahingestellt —, daß sie den wahren und reinen Marxismus vertrete, der seit Jahrzehnten den Massen in Deutschland gepredigt worden ist. Allenfalls die Kommunisten haben ein ähnliches Schicksal wie die Demokraten: sie wollen etwas Ungewohntes, wenn auch die Grundurkunde der Sozialdemokratie, das Kommunistische Manifest, ihren Parteinamen in seinem Titel trug. Aber abgesehen davon, daß die Kommunisten eine radikale Partei sind, was die Demokraten ganz und gar nicht, ja fast am allerwenigsten von allen sind, so haben auch die Kommunisten gegen besonderen Arg-

Sächsischer Landtag

(Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.)

Dresden, 18. November.

Präsident Fräßdorf eröffnet die 77. Sitzung kurz nach 1 Uhr.

Am Ministertisch: Heldt und Fellisch.

Finanzminister Heldt begründet die Vorlage über die Altersrentenbank, die nach Zustimmungserklärungen der Parteien einstimmig dem Rechtsausschuß überwiesen wird.

Abg. Pagenstecher (Dnat.) begründet einen Antrag betr. Entschädigung bei Abschlachtungen. Es soll auch die sogenannte Beschälseuche mit einbezogen werden. In sofortiger Schlußberatung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.) begründet einen Antrag seiner Fraktion, der einen Beschluß des Landtages herbeiführen soll, daß die Regierung im Hinblick auf die schlimmen finanziellen und innerpolitischen Wirkungen, die mit der verzögerten Einziehung der Reichssteuern, insbesondere der Einkommensteuern, eingetreten sind, vorstellig wird, damit die Steuererhebung unter Aufbietung aller Kräfte, unter Umständen durch Anwendung außergewöhnlicher Maßnahmen, in kürzester Frist durchgeführt wird.

Der Redner führt dazu aus: Die schleunige Erhebung der Steuern liege ganz besonders im Interesse der Reichsfinanzen. Trotzdem müßten aber die sozialen Gesichtspunkte nicht vergessen werden. Es sei keineswegs angängig daß die Arbeiter und Angestellten die Steuer abführen, während die in Betracht kommenden anderen Steuerzahler noch nicht einmal die Veranlagung für das Steuerjahr 1920 erhalten hätten. Die sächsische Regierung solle daher bei der Reichsregierung auf Abhilfe drängen. Eine Verordnung sei nötig, daß diejenigen, welche noch keine Vorveranlagung erhalten hätten, auf Grund ihrer Selbstveranlagung den Steuerbetrag vorläufig abführen sollten. Die komplizierten Veranlagungssätze lägen nicht im Interesse einer glatten Steuerabwicklung. Er mißbilligte die Form des Industrieangebotes; diese hätte in der gegenwärtigen Zeit keine solchen Bedingungen stellen dürfen.

Finanzminister Heldt: Die sächsische Regierung habe schon einen Antrag auf schleunige Steuererhebung bei der Reichsregierung eingebracht. Den Beamten, die mit der Abwicklung der Steuergeschäfte betraut seien, dürfe kein Vorwurf gemacht werden. Der demokratische Antrag wegen der Selbsteinschätzung sei begrüßenswert.

Abg. Blüher (D. V.) geht auf das Kreditangebot der deutschen Industrie ein: Die Verhandlungen mit den ausländischen Finanzleuten hätten ergeben, daß namentlich die englischen Kapitalisten der Industrie den zu erwartenden Kredit nur geben wollen, wenn Deutschland 1 bis 2 oder 4 Jahre der Ruhe vor neuen finanziellen Anforderungen gewährleisten könne. So sei man im Laufe der Verhandlungen auf die Frage der Umstellung der Eisenbahnen gekommen. Um die Zuschußwirtschaft dieses Reichsunternehmens zu beseitigen, habe man die Frage erwogen, ob es richtig sei, die Eisenbahnen in eine große Aktiengesellschaft zurückzuverwandeln, und zwar habe man von vornherein den Plan gehabt, die Gewerkschaften an dieser Aktiengesellschaft zu beteiligen. In bezug auf den Antrag Dr. Reinhold müsse er seine Verwunderung darüber ausdrücken, daß die Finanzämter, trotzdem sie mit den Veranlagungsgeschäften stark im Rückstand seien, noch weitere Steuergebiete an sich bringen wollten, die heute sehr gut von den Gemeinden verwaltet werden könnten.

Der Antrag Dr. Reinhold wird schließlich einstimmig angenommen.

Auf eine kommunistische Anfrage, ob die Regierung die Anordnung der Leipziger Polizeibehörden kenne, wonach auf Grund von angeblich bestehenden kommunistischen Putschabsichten das Reichsgericht, das Landgericht und die Strafanstalten von Leipzig unter verstärkte Bewachung gestellt worden seien, antwortet Minister des Innern Lipinski, daß dem Landgerichtspräsidenten in Leipzig seinerzeit telephonisch mitgeteilt worden sei, auf das Landgericht sei ein Anschlag geplant. Daraufhin sei die Verstärkung der Wachen angeordnet worden.

Die weitere Anfrage der Kommunisten, nach welchen Grundsätzen die 1500 Begnadigungen, von denen in den Zeitungen so vielfach die Rede gewesen sei, ausgesprochen worden seien, erklärte der Justizminister Zeigner: Die zahlenmäßigen Angaben über die Begnadigungen seien in den Pressemeldungen unrichtig wiedergegeben. In den Monaten August und September seien in 775 Fällen Bewährungsfristen ausgesprochen und in 829 Fällen Freiheitsstrafen in Geldstrafen umgewandelt worden. Für politische Straffälle komme das Gnadenrecht kaum in Frage, da die Urteile der Sondergerichte nur durch den Reichspräsidenten aufgehoben werden könnten. Eine allgemeine Behandlung der Begnadigungsfälle sei nicht möglich. Vielmehr müsse stets von Fall zu Fall entschieden werden.

Nächste Sitzung: Dienstag, 22. November, mittags 12 Uhr.

Waffenfund in Heidenau

Dresden, 18. November.

Wolffs Sächsischer Landesdienst teilt zu der Durchsuchung in Heidenau folgendes mit:

Die Angelegenheit ist heute dadurch erledigt worden, daß die Fabrikleitung und die Arbeiterschaft von sich aus beim Polizeipräsidium den Antrag auf Besichtigung und Durchsuchung des betreffenden Raumes stellten

Die von der Interalliierten Kommission bei der Untersuchung am Dienstag in dem einen Hochbau bezeichnete Mauer wurde daraufhin an einer Stelle durchstoßen. In dem dahinter befindlichen Raume wurden von den Polizeibeamten 150 Stück aufrechtstehende Mantelrohre (Zwischenfabrikat) für leichte Feldhaubitzen aus Chrommittelstahl, in den verschiedensten Bearbeitungsstadien befindlich, festgestellt und zur weiteren Verfügung darüber durch die zuständigen Stellen sichergestellt.

Die Fabrikleitung und die Vertreter der Arbeiterschaft erklärten einstimmig, es handle sich dabei um Mantelrohre, welche die Fabrik, die während des Kriege Militäraufträge gehabt hatte, noch in den letzten Monaten des Krieges in Bearbeitung genommen hatte. Keinesfalls sei es Material, das erst nach dem Friedensvertrage angeschafft wurde und in Bearbeitung genommen worden wäre.

Keine Katastrophenpolitik der Wittelsbacher?

Die bayrische Regierung über die Kundgebung der Wittelsbacher

München, 18. November.

In der Nachmittagssitzung des bayrischen Landtages erklärte der Ministerpräsident zu der Proklamation des Ex-Kronprinzen Rupprecht, man habe der Regierung vorgeworfen, daß sie zu der Proklamation keine Stellung genommen habe. Die Regierung betrachte sich als Hüterin der Ordnung und der bestehenden Verfassung und habe von diesem Standpunkte die Kundgebung gewissenhaft geprüft. Eine staatsrechtliche Stellungnahme habe sie nicht für veranlaßt erachtet. Die Kundgebung habe ein so entschiedenes Zeugnis von der Treue zum deutschen und zum bayrischen Vaterlande abgelegt, daß ihrem Urheber Unrecht geschehe, wenn man ihm anderes zutraue. Dann fuhr Graf Lerchenfeld fort: Wenn ich geschichtlich denke, dann frage ich mich: Gibt es einen vernünftigen Deutschen, der das gewonnene Gut leichtsinnig durch eine Katastrophenpolitik gefährden würde? Ich glaube Nein. Dieser Standpunkt ist mit einem gesunden Föderalismus völlig vereinbar, wie er auch von der Bayrischen Volkspartei vertreten wird.

Boldts Flucht aus dem Untersuchungsgefängnis

(Eigener Drahtbericht.)

Hamburg, 18 November.

Ueber die Flucht des Oberleutnants Boldt aus dem Untersuchungsgefängnis in Hamburg wird von den Behörden folgendes mitgeteilt:

Oberleutnant Boldt ist Donnerstag nachmittag zwischen 3½ und 3¾ Uhr aus dem Gefängnis entflohen, ohne daß bisher eine Spur von ihm gefunden ist. Um 3½ Uhr wurde der Gefangene noch von der Wache, die ihre regelmäßige halbstündige Patrouille machte, gesehen. Als man um 3¾ Uhr seine Zelle wieder betrat, war Boldt nirgends zu entdecken. Man stand anfangs vor einem Rätsel, wie er die Flucht aus dem vergitterten und verschlossenen Raum bewerkstelligt hatte, bis man den Luftschacht erbrochen fand. Oberleutnant Boldt muß die halbe Stunde, in der er unbeaufsichtigt war, benutzt haben, um den Luftschacht zu zertrümmern. Er hat dann seinen schmächtigen Körper in die enge Oeffnung gezwängt und hat sich durch die unterirdischen Luftschächte, die ein wahres Labyrinth unter dem Strafjustizgebäude bilden, hindurchgeschlängelt.

SLUB
Wir führen Wissen.